Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ M.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 45 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgoisz. 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter d. Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 345. Dienstag den 11. December 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Zu Constituirung des ortsstatutarisch beschlossenen und genehmigten Gewerbe-Schiedsgerichts für die Stadt Leipzig ist die Wahl von sechzig Beisitzern, welche je zur Hälfte Arbeitgeber, zur andern Hälfte Arbeitnehmer sein müssen, und von denen die ersteren ausschließlich von Arbeitgebern, die letzteren ausschließlich von Arbeitnehmern gewählt werden, vorzunehmen. Da der in § 20 des betreffenden Ortsstatuts enthaltenen Uebergangsbestimmung zufolge die Veranstaltung und Leitung der ersten Beisitzerwahl dem unterzeichneten Rathe obliegt, so werden hierdurch alle Stimmberechtigten, und zwar ohne Unterschied des Geschlechts,

a. in der Abtheilung der Arbeitgeber alle diejenigen Kaufleute, Fabrikanten und selbstständigen Gewerbetreibenden, welche volljährig sind und in Leipzig nach §. 14 der Gewerbeordnung ihr Gewerbe angemeldet haben,

b. in der Abtheilung der Arbeitnehmer alle diejenigen von ihnen, welche volljährig und in einem hiesigen Gewerbeetablissement zur Zeit der Wahl beschäftigt sind,

geladen, zur Ausübung ihres Wahlrechts und bei Verlust desselben für die jetzt vorzunehmende Wahl

Mittwoch, den 12. December 1877,

in der Zeit von 12 Uhr Mittags bis 8 Uhr Abends im Wahllocale, im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, II. Stock, in Person sich einzufinden und ihren auf 30 wählbare Personen der betreffenden Abtheilung lautenden Stimmzettel abzugeben.

Die an der Wahl sich Betheiligenden haben sich vor dem Wahlausschusse, insoweit diesem nicht die Wahlberechtigung bekannt ist, also der Regel nach über ihre Wahlberechtigung auszuweisen, und zwar die Arbeitgeber durch Zeugnisse der Gewerbepolizeibehörde, die Arbeitnehmer durch Zeugnisse ihrer Arbeitgeber, resp. der Polizeibehörde, durch welche bestätigt wird, daß der Arbeitnehmer wirklich hier in Arbeit steht. Formulare für diese Zeugnisse werden im Rathhause, I. Stock, Zimmer Nr. 7, schon vom 6. December c. an unentgeltlich verabfolgt.

Wählbar sind unter den oben sub a und b aufgeführten Stimmberechtigten nur Männer, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, das 25. Lebensjahr erfüllt haben und in Leipzig wohnhaft sind.

Leipzig, den 26. November 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin.

Gartenplatz-Verpachtung.

Der **unterhalb** des **ehemaligen Exercirplatzes bei Gohlis** zwischen der alten Sandgrube und der Pleiße gelegene **Gartenplatz Nr. 30** von 2 Gartenruthen (zu 5 □R.) — 188 □Meter Flächengehalt soll auf die **5 Jahre 1878 bis mit 1882**

Mittwoch den 12. December d. J. Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle anderweit an den Meistbietenden **verpachtet** werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen nebst einem Situationsplane können ebendaselbst schon vor dem Termine eingesehen werden.

Leipzig, den 27. November 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Cerutti.

Leipzig, 10. December.

Ein wahres Glück ist es, daß die frohe Geschäftigkeit, zu welcher die nahende Weihnachtszeit auffordert, uns nicht viel Zeit läßt, patriotischen Sorgen nachzuhängen. Sonst würde ein Blick nach dem politischen Horizont uns belehren, daß dieser nicht gerade voller Geigen hängt. Im Osten rollt noch immer der Donner der Geschütze und unentschieden schwankt das fürchterliche Gemetzel zwischen Russen und Türken. Schwere Gewitterwolken lagern über Frankreich, und unheimlich wetterleuchtet es um den Vatican her, wo man mit verhaltenem Athem dem letzten Stündlein des Unfehlbaren entgegenharrt. Aber auch in unserem lieben Deutschland liegt die Luft voll trüber, bedrückender Nebel. Unablässig setzen die Rothen und die Schwarzen ihre Maulwurfsarbeit fort, und dazu kommen jetzt noch die Eulen des Particularismus, die so munter krächzen, als ob die alte Bundestagsnacht wieder anbrechen sollte. Peinliche Nachrichten kommen aus Berlin, wo die kirchlichen Angelegenheiten ebenso sehr in die Schwebe zu kommen scheinen wie die politischen. Das wiederholte Entlassungsgesuch des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Dr. Herrmann, erweckt die Besorgniß, daß die Muckerpartei, die schon untergebuckt schien, wieder Oberwasser erhalten, sich der Kirchenpolitik bemächtigen und auch Falk zum Wanken bringen könnte. „Wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach" — so fürchtet man nicht ohne Grund, und sehr natürlich ist es, daß dem Gerücht von dem drohenden Sturze Falk's ein anderes auf dem Fuße folgt, wonach auch Bismarck's Bleiben wieder in Frage gestellt, seine Rückkehr zu den Geschäften in unbekannte Ferne hinausgeschoben scheint. Früher hieß es, der Kanzler werde schon um die Weihnachtszeit nach Berlin kommen, jedenfalls aber während der bevorstehenden Reichstagssession persönlich eingreifen, um die endliche Lösung der Reichskrisis herbeizuführen. Jetzt verbreitet man, er werde vielleicht erst im Frühjahre wiederkehren, das Parlament also mit den Sphinxräthseln, die es ungelöst vorfinden wird, allein lassen. Zudem erzählt man sich, auch der Präsidentenstuhl im Reichskanzleramte, auf dem jetzt Herr Hofmann sitzt, sei wieder bedenklich ins Wackeln gekommen, und das Verhältniß zwischen diesem Beamten und dem Reichskanzler sei nicht sehr erbaulich. Wäre Dem so — an wen sollte sich dann der Reichstag halten und wie müßte er es anfangen, um seine Arbeiten ersprießlich zu machen?

Das wäre eine verzwickte Lage, aus der herauszukommen kaum möglich scheint. Um so mehr glauben wir ein Recht zu haben, an der Verwirklichung der angedeuteten Befürchtungen zu zweifeln. Hoffentlich wird das Entlassungsgesuch Herrmann's nicht bewilligt werden, hoffentlich wird Falk auf seinem Posten bleiben und Bismarck die Reichstagssession nicht von Varzin aus auf telephonischem Wege verfolgen.

Zur Kennzeichnung der Lage schließen wir hieran einige neuere Mittheilungen der „Köln. Ztg", die theils die erwähnten Schwierigkeiten und Besorgnisse bestätigen, theils der Hoffnung auf ihre Hebung Raum geben. Man meldet dem Blatte aus Berlin:

Die Nachricht, daß Fürst Bismarck vielleicht erst im Frühjahr, also nach dem Reichstage, nach Berlin zurückkehren werde, macht bei der ohnehin gedrückten Stimmung den übelsten Eindruck. Man zerbricht sich den Kopf, wie der jetzt bestehenden Regierungslosigkeit abzuhelfen sei. Der russischen „Petersburger Zeitung" wurde von hier telegraphirt, es ständen wichtige Veränderungen im Reichskanzler-Amt bevor. Hier läuft seit der Uebersiedlung des bayerischen Abgeordneten Freiherrn v. Stauffenberg das Gerücht um, er sei dazu bestimmt, an Stelle des Herrn Hofmann Präsident des Reichskanzler-Amts zu werden. Ob aber diesem Gerüchte mehr zu Grunde liegt als die Erzählung, daß der schriftliche Verkehr des Reichskanzlers mit Herrn Hofmann sich nicht durch zu große Höflichkeit auszeichne, müssen wir dahingestellt sein lassen. Auch spricht man von Neuem davon, daß Herr v. Bennigsen ins Ministerium eintreten werde. Die kirchlichen Angelegenheiten befinden sich eben so in der Schwebe, wie die politischen, und die Ultramontanen geberden sich, als ob es in ihrer Hand läge, die evangelische Kirche zu retten. Die „Germania" sucht nachzuweisen, daß die protestantische Kirche Preußens nur durch Unterstützung des Ultramontanismus gerettet werden könne, will jedoch noch nicht erörtern, welchen Preis das Centrum für seine Hülfeleistung verlangen würde.

Und ein anderer Correspondent berichtet demselben Blatte:

Seit der letzten Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin ist der Name des Herrn v. Bennigsen dauernd als Ministercandidat genannt worden; seit dem vorgestrigen Ministerrath, in welchem ohne Zuziehung der officiellen Protokollführer, also vertraulich verhandelt wurde, haben diese Gerüchte neue Nahrung gewonnen und man muß sie der Vollständigkeit wegen registriren. Doch darf man denselben, im Augenblick wenigstens, schwerlich eine thatsächliche Bedeutung beimessen. Ueber den drohenden Rücktritt des Präsidenten des Evangelischen Ober-Kirchenraths Prof. Herrmann ist man auch in weiteren als den zunächst betheiligten Kreisen in nicht geringer Besorgniß. Unterrichtete Landtagsmitglieder theilen die officiöse Auffassung nicht, wonach der Schritt des Präsidenten Herrmann völlig ohne politische Folgen bleiben würde. Die Bemühungen, denselben auf seinem Posten zu erhalten, werden mit großem Eifer betrieben und man hofft mit Erfolg gerade wegen der möglichen weiteren Folgen in Bezug auf die Stellung anderer hochstehenden Beamten. Ich habe Ihnen bereits von dem verstimmenden Eindruck gemeldet, den die officiöse Meldung von einem wahrscheinlichen Fernbleiben des Reichskanzlers bis zum Frühjahr in parlamentarischen Kreisen hervorgebracht hat. Hier und da ist man geneigt, die Nachricht für einen „Versuchsballon" zu halten. Man bezweifelt, daß sich der Fürst entschließen würde, auch dem Reichstage angesichts der wichtigen Berathungen fern zu bleiben, welchen derselbe entgegengeht.

Jedenfalls darf die Presse nicht zögern, der öffentlichen Meinung Ausdruck zu geben und auf ein baldiges Wiederhervortreten des Reichskanzlers zu dringen. Diese Pflicht wollen wir, soviel an uns ist, hiermit erfüllt haben. Die gegenwärtige Unklarheit und Planlosigkeit kann unter keinen Umständen in den künftigen Sommer hinübergeschleppt werden.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 10. December.

Der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck ist, wie das „Deutsche Montagsblatt" hört, keineswegs ein ungünstiger, sondern im Allgemeinen befriedigend. Dennoch dürfte die Nachricht, daß der Fürst seine Rückkehr nach Berlin auf einige Monate hinausgeschoben hat, richtig sein. Die Gründe hierfür liegen vielleicht in politischen Verhältnissen. Es heißt nämlich, daß die Voraussetzungen, unter denen der Reichskanzler wieder die Functionen seines Amtes vollständig übernehmen wollte, noch nicht in Erfüllung gegangen sind und daß die Bedingungen, unter denen er an die Durchführung seines Reformprogramms zu gehen entschlossen war, an entscheidender Stelle Einwendungen hervorgerufen haben. Aus den früher in die Oeffentlichkeit gebrachten Mittheilungen lasse sich nur vermuthen, daß die so vielfach ventilirte Frage eines theilweisen Ministerwechsels — man hatte stets den Finanzminister und den Handelsminister im Auge — doch nicht so leicht zu lösen sei, als dies geglaubt wurde. Die Minister, welche die öffentliche Meinung so schnell aus dem Sattel hob, sitzen fest darin. Vielleicht sei dies der Grund, weshalb Fürst Bismarck in Varzin bleibe. Jedenfalls aber dürfte sein Reformprogramm schon vor dem Beginn seiner Ausführung auf große Schwierigkeiten gestoßen sein.

Das Gerücht von einem bevorstehenden Eintritt des Frhrn. v. Stauffenberg in den unmittelbaren Reichsdienst kann die Augsburger „Allg. Ztg." aus zuverlässigster Quelle als völlig unbegründet bezeichnen. Die Uebersiedelung des genannten Reichstagsabgeordneten nach Berlin sei nur für die Dauer der bevorstehenden Reichstagssession und nur aus Familienrücksichten erfolgt. Frhr. v. Stauffenberg habe nicht die Absicht in den Reichsdienst zu treten und es hätten mit demselben keinerlei Verhandlungen in dieser Richtung stattgefunden.

Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation nahm am 9. d. M. in längerer Debatte die Vorlage des gemeinsamen Ministeriums, betreffend die Bewilligung der zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen des 1. Quartals 1878 nöthigen Summen, an. Im Laufe der Debatte erklärte Graf Andrassy, er bedauere, daß es nicht möglich gewesen sei, die Auslagen für die bosnischen Flüchtlinge einzustellen, die im Gegentheil sich noch wesentlich gehoben hätten und beiläufig 4 Millionen Gulden betrügen. Die Regierung werde hierüber der Delegation eine Vorlage mit genauer Rechnungslegung und dem Voranschlag bis zum nächsten Frühjahr übermitteln. Gegenüber einer bezüglichen Bemerkung eines Redners erklärte der Minister, daß die Regierung durch ihre Bemühungen, den Flüchtlingen die Rückkehr in die Heimath zu ermöglichen, ihr Möglichstes gethan habe, das Budget von der Last dieser Auslagen zu befreien. Er könne es indessen nie befürworten, die nach Oesterreich gedrängten Flüchtlinge gewaltsam in das Elend und Verderben zurückzutreiben.

Zwei Wiener Firmen haben bei der Regierung um die Erlaubniß nachgesucht, auf russische Bestellung 60,000 Hinterlader liefern zu dürfen. Die Regierung hat das Ansuchen bewilligt. Griechenland hat von österreichischen Waffenfabriken 15,000 Gras-Gewehre angekauft. Pester Kaufleute liefern nächste Woche 12,000 Wintermonturen nach Belgrad.

Der „Corriere d'Italia" versichert, die beiden im Bosporus mit Beschlag belegten italienischen Schiffe wären bereits wieder freigegeben worden, wenn nicht Layard durch seine Einmischung in diese Frage eine Verzögerung hervorgerufen hätte. England — die Verträge in seiner Weise auslegend — habe sich immer zu dem Grundsatze bekannt, daß man das Recht habe, Schiffe, welche die Blokade brechen, zu verfolgen, auch wenn sie die Blokadelinie passirt haben. Layard habe also diesen Anlaß ergriffen, um das von England geübte Princip zur Geltung zu bringen. Sein Eingreifen sei durchaus nicht ein Act der Feindseligkeit gegen Italien. Der „Corriere d'Italia" versichert schließlich, der neu ernannte türkische Gesandte, Tarkhan Bey, welcher gestern in Rom eingetroffen ist, werde sich beeilen, den Zwischenfall beizulegen. — Der „Pungolo" glaubt, Melegari werde die Angelegenheit der mit Beschlag belegten Schiffe dem Schiedsspruche einer befreundeten Macht unterbreiten.

Aus Paris, 9. December, wird gemeldet: Die von Batbie zusammenberufenen Mitglieder der constitutionellen Gruppe im Senate vereinigten sich gestern zu zwei Fractions-Sitzungen. In der zweiten Zusammenkunft wurde trotz der Rede Bocher's, welcher erklärte, daß jede Möglichkeit einer ehrenvollen Verständigung nicht ausgeschlossen wäre, um so mehr, als die Auflösung der Kammer, sowie der Rücktritt des Marschall-Präsidenten zwei gleich fatale Ausgänge wären, von der constitutionellen Gruppe mit 15 gegen 4 Stimmen beschlossen, unter gewissen Reserven die Zustimmung zur Kammerauflösung zu geben. Man glaubt, daß die Regierung nur noch den bestimmten Beschluß der Kammer, betreffend die Verweigerung des Budgets, abwarten wird, um alsdann vom Senate die Auflösung der Kammer zu verlangen. Die Nachricht von einem letzten Versuche, mit der Linken ein Arrangement zu treffen, wird indessen hier nicht für ganz unmöglich gehalten.

Von anderer Seite wird dies bestätigt, indem gemeldet wird: In einer Versammlung der constitutionellen Gruppe erklärte Batbie in Bezug auf seine Mission, ein neues Cabinet zu bilden, der Marschall Mac Mahon habe alle Zugeständnisse gemacht, welche mit seiner Ehre verträglich seien. Von jetzt an müßten die Constitutionellen dem Marschall folgen, selbst bis zur Auflösung der Deputirtenkammer.

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Paris gemeldet: Der „Liberté" zufolge hat Batbie dem Marschall gerathen, Dufaure nochmals zu berufen, was dieser jedoch abgelehnt habe. Batbie hat mit mehreren Mitgliedern der Rechten conferirt, jedoch kein Resultat erzielt. Gerüchtweise verlautet, für den Fall, daß außerordentliche Ereignisse einträten, sei der Saal für den Congreß in sechs Stunden bereitzustellen. Wie der „Français" schreibt, haben alle politischen Persönlichkeiten, an die sich Batbie gewendet, eine Antwort hinausgeschoben, um sich erst Klarheit zu verschaffen, wie die verschiedenen Gruppen über die Vorgänge der letzten Tage denken.

Nach einem in diplomatischen Kreisen verbreiteten Gerücht hätten die bekannten Einflüsse im Elysée, indem sie den Marschallpräsidenten bewogen, noch im letzten Augenblick die Forderung der „drei unantastbaren Ministerien" aufzustellen, hauptsächlich das Ministerium des Aeußern dabei im Auge gehabt, um zu verhindern, daß ein liberaler und antiklerikaler Minister des Aeußern bei dem stündlich zu erwartenden Ableben des Papstes in Frankreich am Ruder sei.

Einige Abgeordnete nördlicher Handelsbezirke begaben sich in das Elysée, um dem Marschall eine Anzahl von Adressen der Geschäftswelt ihrer Gegend zu überreichen. Der Marschall empfing die Abgeordneten, wie er wohl nicht anders konnte, verwies sie aber mit ihren Schriftstücken kurz und bündig an den Handelsminister. Einer der Deputirten ließ sich aber nicht verblüffen und sagte: „So sprechen Sie uns doch wenigstens ein Wort, Herr Marschall, welches wir unseren Mandanten überbringen könnten, um ihnen ein Ende dieser betrübenden Krisis in Aussicht zu stellen!" Der Marschall erwiderte, er lege auf solche Adressen kein besonderes Gewicht, da er wohl wisse, wie man die Unterschriften dafür aufzubringen pflege, und überlasse im Uebrigen die Prüfung ihres Inhaltes dem Fachminister. „Was mich betrifft, schloß er, so habe ich keinen Ehrgeiz; aber ich glaube, es ist für das öffentliche Wohl nothwendig, daß ich auf meinem Posten bleibe."

Zur Haltung des Marschalls Mac Mahon während der jetzigen Krisis bemerkt die „France": Der Marschall wollte weder se soumettre noch se démettre, wie ihm Gambetta die Wahl gelassen hatte, er entschied sich lieber für ein Drittes: se compromettre.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt Kaiser Alexander zum 23. December, als zur Säcularfeier des Geburtstags seines Großvaters Alexander's I., nach St. Petersburg zurückzukehren.

Der rumänische Senat hat die beantragte Adresse mit allen gegen 3 Stimmen, welche sich der Abstimmung enthielten, angenommen. Carp und Boreico machten einige Vorbehalte, sie fügten hinzu, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke die ministerielle Frage nicht stellen wollten. Boreico entwickelte das Programm der auswärtigen Politik der conservativen Partei, er hob hervor, daß diese Politik begründet sein müsse auf den Pariser Vertrag, damit Europa, wenn es bei dem Friedensschlusse die Unabhängigkeit und die Neutralität Rumäniens anerkenne, aus demselben eine unparteiische Schildwache der Stabilität und Sicherheit für alle Nachbarmächte mache. Minister Cogalniceanu unterstützte den Adreßentwurf und erklärte, daß kein geschriebener Vertrag mit Rußland bestehe, daß aber die rumänische Regierung auf die Hochherzigkeit des Kaisers von Rußland rechne und später auf die Weisheit Europas rechnen werde. — Die Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf, betreffend die Ausgabe von acht Millionen Schatzbonds zur Deckung außerordentlicher Armeeerfordernisse, angenommen.